

14.11.2019

Kleine Anfrage 3159

der Abgeordneten Jochen Ott und Eva-Maria Voigt-Küppers SPD

„Kinder gegen Rassismus“ – politische Bildung im Grundschulalter

„Kinder gegen Rassismus – Kinder für Toleranz“ des Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) ist ein Modellprojekt zur demokratischen Teilhabe, das gezielt Grundschüler*innen ansprechen und gegen Gewalt, Hass und Radikalisierung stärken soll. Zielgruppe sind dabei Kinder der 4. Klasse aus Schulen mit hohem Migrantenteil.

Das Projekt lief bereits an 30 bayrischen Grundschulen erfolgreich – denkbar wäre, die Workshops ggf. auch an Unterstufen von Haupt-, Real- und Gesamtschulen durchzuführen.

Die Dauer des Projektes ist bis Ende Dezember diesen Jahres befristet; eine Anschlussfinanzierung wurde nicht in Aussicht gestellt. Dadurch können keine weiteren Referent*innen im Programm ausgebildet werden und die Durchführung weiterer Workshops an Schulen ist gefährdet.

Die Ereignisse in Halle haben uns allen sicher die Dringlichkeit von politischer Bildung aufgezeigt. Die partizipative Vermittlung der Grundzüge der demokratischen Gesellschaft und von Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft – auch im jungen Alter – erscheint mehr sinnvoll und bedeutend.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zum Projekt „Kinder gegen Rassismus – Kinder für Toleranz“ des CAP?
2. In wie fern ist dieses Modellprojekt geeignet, Grundzüge der demokratischen Gesellschaft und Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft jungen Schüler*innen partizipativ zu vermitteln?
3. Welche vergleichbaren Programme gibt es in Nordrhein-Westfalen für Schüler*innen speziell im Grundschulalter?

Datum des Originals: 08.11.2019/Ausgegeben: 14.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

4. Wäre eine Übernahme des Programmes auch aus Sicht der Landesregierung sinnvoll?
5. Wie könnte eine Anschlussfinanzierung gesichert werden?

Jochen Ott
Eva-Maria Voigt Küppers